

WP-DE Dresden als demokratische Stadt

Gremium: Stadtvorstand
Beschlussdatum: 16.12.2018
Tagesordnungspunkt: 3.F) Dresden als demokratische Stadt

Text

3082 F) Dresden als demokratische Stadt

3083 F. 1) Dresden kann noch mehr Demokratie wagen

3084 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für mehr Demokratie auf allen Ebenen. Wir wollen
3085 die Bürgerbeteiligung stärken, die Bürger*innen als selbstbestimmte Menschen
3086 ermutigen und es ihnen ermöglichen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten
3087 einzumischen und für die Gesellschaft einzubringen.

3088 Unsere Antwort auf antidemokratische und autoritäre Tendenzen in der
3089 Gesellschaft und den Rechtsruck in der Politik ist nicht nur die Verteidigung
3090 der demokratischen und freiheitlichen Errungenschaften, sondern vielmehr ein
3091 entschlossener Kampf für noch mehr Demokratie und noch mehr Mitbestimmung. Wir
3092 haben in der rot-grün-roten Kooperation einen sachsenweit einzigartigen
3093 Kulturwandel in der Bürgerbeteiligung erreicht und zugleich die
3094 Entscheidungsrechte der Bürger*innen gestärkt.

3095 Mit der – auch gegen Widerstände innerhalb der Kooperation – eingeführten
3096 Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte haben wir die Stadtteilvertretungen endlich
3097 demokratisch legitimiert und gestärkt. Dadurch haben wir auch das bisherige
3098 Parteienprivileg bei der Besetzung der Stadtbezirksbeirat*innen gebrochen und es
3099 ermöglicht, dass auch lokale Initiativen und Wähler*innenvereinigungen für ihre
3100 Stadtteilvertretungen kandidieren können.

3101 Durch die Vorlage einer Bürgerbeteiligungssatzung haben wir eine Wende im
3102 Verständnis von Bürgerbeteiligung begonnen. Statt Beteiligung als Gnadenakt der
3103 Verwaltung zu verstehen, werden wir den Bürger*innen konkrete Rechte auf
3104 Beteiligung geben, die diese auch geltend machen können. So sind Bürgerforen
3105 durchzuführen, wenn in gesamtstädtischen Angelegenheiten 2500 Unterschriften
3106 bzw. in Angelegenheiten eines Stadtbezirks 500 Unterschriften von
3107 Einwohner*innen vorliegen. Diese Bürgerforen können Empfehlungen abgeben, die
3108 auch zu berücksichtigen sind.

3109 Wir haben als Kooperation das Petitionsrecht gestärkt. In Dresden ist es jetzt
3110 endlich auch möglich, Petitionen auf der Homepage der Stadt mitzeichnen zu
3111 können.

3112 Wir glauben, dass wir Dresden nicht nur noch demokratischer gestalten können,
3113 sondern auch müssen. Die diesbezüglichen Erfolge der Kooperation waren nur ein
3114 Anfang hin zu einem bürgerschaftlichen Dresden, in dem sich die Bürger*innen
3115 selbstbestimmt und wertgeschätzt einmischen.

3116 Stadtteile noch mehr stärken

3117 Unser Ziel als GRÜNE war es, nicht nur die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte zu
3118 erreichen, sondern auch ihre rechtliche Gleichstellung mit den bestehenden
3119 Ortschaftsräten. Dies hat die CDU/SPD-Koalition auf Landesebene mit einer tief
3120 in die kommunale Selbstverwaltung eingreifenden Kommunalrechtsreform torpediert.
3121 Für uns bleibt dennoch das Ziel bestehen, dass die Stadtbezirke die gleichen

3122 demokratischen Rechte erhalten wie die Ortschaften, weil es keine Bürger*innen
3123 erster und zweiter Klasse geben darf! Wir werden uns somit weiterhin auf
3124 kommunaler wie auf Landesebene für die Ortschaftsverfassung stark machen,
3125 mindestens aber in Dresden nach Wegen suchen, die Kompetenzen der
3126 Stadtbezirksbeiräte den Rechten der Ortschaftsräte soweit wie möglich
3127 anzunähern.

3128 Bürgerbeteiligung weiter ausbauen
3129 Die Bürgerbeteiligungssatzung ist nur ein erster Schritt zu einer neuen Kultur
3130 der Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen darüber hinaus auch
3131 die neue Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken. Um die
3132 Beteiligungsverfahren auf hohem qualitativen Niveau durchzuführen und eine*n
3133 zentrale Ansprechpartner*in der Verwaltung zu haben, werden wir deshalb beim
3134 Oberbürgermeister eine unabhängige Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung
3135 einrichten.

3136 Bürgerbeteiligung wird durch eine gute Informationsgrundlage der Bürger*innen
3137 gestärkt. Wir wollen deshalb Modelle wie Planungszellen fördern, die die
3138 Informationskluft zwischen den Bürger*innen schließen können und in denen lokale
3139 Probleme in den Nachbarschaften erörtert werden können. Ein weiteres Ziel für
3140 die Information der Bürger*innen ist es, alle von der Verwaltung erstellten
3141 Studien, z. B. Machbarkeitsstudien, auf der Webseite der Stadt einsehen zu
3142 können. Die Verwaltung muss bei allen Veröffentlichungen zudem auf eine einfache
3143 Sprache achten, damit alle verstehen, wie, warum und wo sie sich einbringen
3144 können.

3145 Angesichts neuer Herausforderungen in den Städten richtet sich die
3146 Aufmerksamkeit seit einigen Jahren verstärkt auf zivilgesellschaftliche
3147 Akteur*innen, die sich vernetzen und in unterschiedlichen Feldern der
3148 Stadtentwicklung durch ihre Projekte einen Mehrwert für das Gemeinwesen
3149 schaffen. Damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu Stadtgestaltern werden
3150 können, muss eine demokratische und am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung
3151 aktivierende und partizipative Strukturen entwickeln, in denen neue Modelle
3152 einer koproduktiven Stadt und eine neue Rollenverteilung in der
3153 Quartiersentwicklung erprobt werden können.

3154 Kinder- und Jugendbeteiligung verbessern
3155 Demokratische Teilhabe beginnt für uns nicht erst mit dem 18. Geburtstag! Wir
3156 wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen intensivieren. Mit der
3157 Schaffung eines unabhängigen Kinder- und Jugendbüros haben wir bereits eine
3158 wichtige Voraussetzung hierfür geschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nun den
3159 nächsten Schritt gehen und ähnliche Verfahren, die wir in der
3160 Bürgerbeteiligungssatzung umgesetzt haben, auch für Kinder und Jugendliche
3161 schaffen. Kinder und Jugendliche sollen zudem verbindlich in die Planung von
3162 Spielplätzen, Rad- und Fußverkehr und der Gestaltung von Plätzen einbezogen
3163 werden. Kinder und Jugendliche sollen im Stadtrat regelmäßig in die
3164 Einwohnerfragestunde einbezogen werden und auch in den Stadtbezirksbeiräten,
3165 also in ihrem Stadtteil, mehr Mitsprache erhalten. Wir regen projektorientierte
3166 Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche in den Stadtbezirkssämtern an, die
3167 ein klares Ziel verfolgen und auch mit einem kleinen Budget für die Umsetzung
3168 der Projektidee verbunden sind. Themen und Probleme dieser Altersgruppe sollen
3169 ebenfalls in Modellen wie Planungszellen regelmäßig diskutiert werden.

3170 Wir wollen Schüler*innentage im Stadtrat ermöglichen: Wie bei
3171 Parlamentsexkursionen sollen Schüler*innen in Debatten und Gesprächen mit
3172 Vertreter*innen der Fraktionen die kommunalpolitische Arbeit kennenlernen.

3173 F. 2) Für eine sichere Stadt, in der wir frei leben können

3174 Dresden ist eine sichere Stadt. Dennoch hat sich in den letzten Jahren das
3175 Sicherheitsgefühl einiger Menschen verschlechtert, weil die CDU-geführte
3176 Staatsregierung in den letzten Jahren massiv die Polizeipräsenz abgebaut hat.
3177 Wir wollen mit einer besseren Präventionsarbeit aller verantwortlichen Behörden
3178 und Träger zu einer tatsächlichen Verbesserung der Sicherheit in Dresden
3179 beitragen. Wir wehren uns dabei dagegen, dass zunehmend ein vermeintliches Mehr
3180 an Sicherheit gegen elementare Freiheitsrechte ausgespielt wird. Der Schutz von
3181 Bürgerrechten ist auch auf kommunaler Ebene ein Herzensanliegen von BÜNDNIS
3182 90/DIE GRÜNEN.

3183 Kommunale Präventionsarbeit weiter stärken
3184 Die wirksamste Waffe gegen Kriminalität ist eine breit angelegte und gut
3185 ausgestattete Präventionsarbeit. Wir GRÜNE stehen daher für eine kommunale
3186 Sicherheitspolitik, bei der diese Prävention im Fokus steht. Den
3187 Kriminalpräventiven Rat werden wir zum zentralen Ort der Koordination der
3188 vorbeugenden Arbeit von Sicherheitsbehörden, Politik und Zivilgesellschaft
3189 weiterentwickeln. Den Ausbau der Jugend- und Straßensozialarbeit sehen wir als
3190 einen wichtigen Aspekt der kommunalen Präventionsarbeit.

3191 Wir begreifen auch die Stadtplanung als einen wichtigen Teil der kommunalen
3192 Präventionsarbeit. Steinerne unbelebte Plätze und unbeleuchtete Straßen haben
3193 einen massiven Einfluss auf das Sicherheitsgefühl vieler Menschen. Ebenso kann
3194 eine gute Durchmischung von Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen der Bildung
3195 von sozialen Brennpunkten entgegenwirken. Deshalb werden wir zukünftig die
3196 Überprüfung der Auswirkung auf die Sicherheitslage zum Standard bei Bauprojekten
3197 und in der Stadtplanung machen.

3198 Das Ordnungsamt kann die Aufgaben der Landespolizei nicht ersetzen. Deshalb
3199 werden wir es nicht zu einer Ersatzpolizei aufrüsten, sondern vor allem für die
3200 kommunalen Aufgaben einsetzen. Die Mitarbeiter*innen werden wir regelmäßig in
3201 Bezug auf die Gewährleistung von Bürger*innenrechten und im Bereich der
3202 interkulturellen Kompetenz schulen.

3203 Der öffentliche Raum gehört den Bürger*innen
3204 Der öffentliche Raum muss ein Ort der Freiheit bleiben und darf nicht zunehmend
3205 durch die Sicherheitsbehörden kontrolliert werden. Deshalb werden BÜNDNIS 90/DIE
3206 GRÜNEN in Dresden stets gegen die Videoüberwachung im öffentlichen Raum
3207 eintreten. Diese verhindert keine Straftaten, sondern verdrängt sie höchstens.
3208 Sie ist aber zugleich ein elementarer Eingriff in die Bürgerrechte. Wir lehnen
3209 auch die weitgehend willkürliche Einstufung von Straßen und Plätzen durch die
3210 Polizei als sogenannte „gefährliche Orte“ ab. Diese Deklaration dient nur der
3211 Rechtfertigung unverhältnismäßiger, anlassloser Polizeikontrollen und
3212 stigmatisiert ganze Stadtviertel.

3213 Wir haben das Alkoholverkaufsverbot an Wochenendabenden in der Neustadt
3214 abgeschafft, weil es nutzlos ist und ein Eingriff in die Freiheit von
3215 Händler*innen und Bürger*innen darstellte. Deshalb lehnen wir auch

3216 Alkoholverbotzonen, wie sie derzeit in anderen Städten eingeführt werden, in
3217 Dresden ab.

3218 Versammlungsfreiheit stärken

3219 Dresden hat in den letzten Jahren ein reges Demonstrationsgeschehen erlebt. Wir
3220 sind der Auffassung, dass die Dresdner Versammlungsbehörde mitunter rassistische
3221 Demonstrationen begünstigt und den Protest dagegen konsequent erschwert hat.
3222 Diesem Zustand werden wir weiter entgegenwirken – denn es ist auch die Aufgabe
3223 des Stadtrates, der Versammlungsbehörde auf die Finger zu schauen und für eine
3224 bessere Verwirklichung des Versammlungsrechtes einzutreten. Wir setzen uns dafür
3225 ein, dass die Versammlungsbehörde einen Protest in Sicht- und Hörweite
3226 ermöglicht und versammlungsrechtsfreundliche Bescheide erlässt.

3227 F. 3) Eine digitale Stadt braucht eine moderne Verwaltung

3228 Die Verwaltung ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger
3229 und deren Anliegen sowie die Umsetzung von politischen Zielen da. Eine moderne
3230 Verwaltung muss bürger*innennah, transparent und digital sein. Sie soll nicht
3231 durch unnötige Bürokratie übermäßig in das Leben der Bürgerinnen und Bürger
3232 eingreifen. Wir GRÜNE werden deshalb in Dresden den begonnenen Weg zu einer
3233 modernen Verwaltungsstruktur und -kultur fortsetzen. Gleichzeitig ist die
3234 Stadtverwaltung der größte Arbeitgeber in Dresden und steht zunehmend unter
3235 Druck, guten Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Arbeit
3236 für die Landeshauptstadt attraktiver zu machen.

3237 Für eine Kultur der Transparenz in der Verwaltung

3238 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für eine demokratische Notwendigkeit, dass
3239 Bürger*innen sich umfassend über die Belange der Stadt informieren können.
3240 Deshalb werden wir die Informationsfreiheitsgesetzgebung der Stadt zu einer
3241 Transparenzgesetzgebung weiterentwickeln, die von dem Grundsatz ausgeht, dass alle
3242 der Verwaltung vorliegenden Informationen - außer in begründeten Ausnahmefällen
3243 - zugänglich sein müssen. Die Verwaltungsdaten müssen dabei im Rahmen der durch
3244 den Datenschutz gegebenen Grenzen den Bürger*innen in strukturierter und
3245 maschinenlesbarer Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

3246 Die Dresdner Stadtverwaltung sollte Vorbild bei der Korruptionsvorbeugung

3247 werden. Deshalb werden wir die Stelle eines Korruptionsbeauftragten in der
3248 Stadtverwaltung schaffen. Mit Hilfe eines städtischen Korruptionsregisters
3249 sollen Unternehmen, die sich durch Fehlverhalten, wie zum Beispiel durch
3250 einschlägige Straftaten in Bezug auf Vergabe öffentlicher Aufträge,
3251 disqualifiziert haben, von diesen ausgeschlossen werden. Wir werden es für
3252 Unternehmen, die städtische Aufträge erhalten, zur Pflicht machen, dass diese
3253 anonyme Hinweissysteme unterstützen, mit Hilfe derer konkrete Verdachtsmomente
3254 für korruptives Verhalten gemeldet werden können.

3255 Wir GRÜNE werden eine Ombudsstelle in der Stadtverwaltung einrichten, an welche

3256 sich sowohl Bürgerinnen und Bürger wenden können, die sich durch konkretes
3257 Verwaltungshandeln benachteiligt fühlen, als auch jene, die Anregungen für die
3258 Abschaffung überflüssiger Vorschriften haben.

3259 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die Transparenz der kommunalen

3260 Mandatsträger*innen verstärken. Deshalb wollen wir im Stadtrat auf die
3261 Verabschiedung eines Verhaltenskodex drängen, der die Stadträt*innen,
3262 Stadtbezirksbeirat*innen, Ortschaftsrät*innen und Bürgermeister*innen zur

3263 Offenlegung von Interessenkonflikten und der Mitgliedschaften in Aufsichtsräten
3264 verpflichtet.

3265 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin
3266 Wenn wir eine gute Verwaltung wollen, brauchen wir gut ausgebildete und
3267 motivierte Mitarbeiter*innen, die wir auf einem zunehmend umkämpften
3268 Arbeitsmarkt gewinnen müssen. In den nächsten Jahren werden viele
3269 Mitarbeiter*innen in den Ruhestand gehen. Die Landeshauptstadt braucht zur
3270 Bewältigung der Altersabgänge ein modernes Personal- und
3271 Personalentwicklungskonzept, mit dem den Mitarbeiter*innen Aufstiegsperspektiven
3272 ermöglicht werden und die Stadt eine vorausschauende Personalplanung betreiben
3273 kann, die es ausscheidenden Mitarbeiter*innen auch ermöglicht, ihr Fachwissen an
3274 die Nachfolger*innen weiterzugeben.

3275 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen
3276 der Stadtverwaltung verbessern und die Möglichkeiten zur Nutzung von Teilzeit -
3277 mit dem jederzeitigen Rückkehrrecht in Vollzeit - erweitern sowie
3278 familienfreundliche Bedingungen für Arbeitnehmer*innen in der Verwaltung
3279 schaffen. Gute Verwaltungsmitarbeiter*innen sind ihr Geld wert. Deswegen werden
3280 wir GRÜNE nicht nur sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst
3281 unverzüglich beenden, sondern auch die gegenwärtige Praxis der
3282 Stellenbewertungen durch das Personalamt auf den Prüfstand stellen.

3283 Zu einer attraktiven Verwaltung gehört auch eine konsequente Gleichstellung.
3284 Deshalb werden wir mit gezielten Förderprogrammen mehr Frauen in
3285 Führungspositionen bringen. Zudem treten wir GRÜNE dafür ein, dass bei der
3286 Besetzung von Kommissionen, Aufsichtsräten und Kuratorien zukünftig mindestens
3287 50 Prozent Frauen zu entsenden sind. Die interkulturelle Kompetenz werden wir in
3288 der Stadtverwaltung in allen Bereichen fördern und entsprechende Weiterbildungen
3289 zur Voraussetzung für die Bekleidung von Leitungspositionen machen.

3290 Mit neuen Strukturen die Verwaltung zukunftsfest machen
3291 In den letzten Jahren sind viele Versuche zur Verwaltungsmodernisierung im Sande
3292 verlaufen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin für eine aufgabenorientierte
3293 Überprüfung der aktuellen Verwaltungsstruktur und werden den mitunter falschen
3294 Ressourceneinsatz in der Verwaltung beenden, um unterbesetzte Bereiche der
3295 Verwaltung zu stärken. Dabei werden wir auch prüfen, ob durch
3296 Entbürokratisierung von Verfahren, wie beispielsweise bei der Erteilung von
3297 Sondernutzungen, sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürger*innen entlastet
3298 werden können.

3299 Für uns ist die Bürger*innennähe der Verwaltung keine bloße Floskel. Deswegen
3300 werden wir dafür sorgen, dass alle von den Bürger*innen in Anspruch genommenen
3301 Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort durch die Bürgerbüros angeboten und
3302 erledigt werden. Deshalb wird es mit uns auch keine weitere Schließung von
3303 Bürgerbüros geben. Wir werden vielmehr allen Bürgerbüros ausreichend Personal
3304 zur Verfügung stellen, um attraktive Öffnungszeiten für die Bürger*innen zu
3305 ermöglichen. Ebenso wollen wir durchsetzen, dass Bürger*innen bei Behördengängen
3306 eine Kinderbetreuung angeboten bekommen.

3307 Wir GRÜNE unterstützen den Neubau eines modernen, bürger*innenfreundlichen
3308 Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz. Neben der Einführung und Erprobung neuer
3309 Arbeitsplatzmodelle muss das Verwaltungszentrum vorbildlich in der Schaffung
3310 einer gesundheitsförderlichen Arbeitsumgebung sein. Das neue Haus soll nicht nur

3311 ein Verwaltungsgebäude, sondern ein Haus der Bürger*innen und ein Ort gelebter
3312 demokratischer Mitbestimmung sein - mit Räumen für Bürgerbeteiligungsprojekte
3313 und Möglichkeiten der Begegnung für die Bürger*innen.

3314 Unser Leitbild: Eine digitale Verwaltung macht Dresden moderner
3315 Wir GRÜNE werden die Verwaltung digitaler gestalten. Wir werden erreichen, dass
3316 so viele Behördengänge und Verwaltungsverfahren wie möglich online erledigt
3317 werden können. Hierbei werden wir allerdings stets auch die Möglichkeit
3318 erhalten, diese analog zu erledigen, um weiterhin direkt mit den Behörden in
3319 Kontakt treten zu können.
3320 Im Internetauftritt der Stadt muss Mehrsprachigkeit und leichte Sprache zum
3321 Standard werden.

3322 Die Landeshauptstadt muss Vorreiterin bei Datenschutz und IT-Sicherheit sein.
3323 Alle Verwaltungsverfahren sind auf höchstmöglichem Datenschutzniveau
3324 auszugestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten zugleich strikt dagegen ein, dass
3325 die Stadt Daten der Bürger*innen ohne schriftliche Einwilligung an Dritte
3326 verkaufen kann. Wir werden die IT-Sicherheit in der Stadtverwaltung stärken und
3327 eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei Verwaltungsverfahren und die Möglichkeit
3328 der verschlüsselten Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zum
3329 Standard machen.

3330 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Freifunk-Initiativen, die offene WLAN-Netze
3331 bereitstellen, als eine wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements fördern.
3332 Dies kann auch die Mitnutzung öffentlicher Gebäude für die Bereitstellung von
3333 Freifunk-Hotspots umfassen.

3334 Wir werden Dresden weiterhin zu einer Smart-City entwickeln. Durch die
3335 intelligente Steuerung von Verkehr, Versorgung und Entsorgung auf der Grundlage
3336 von Live-Daten können Ressourcen besser genutzt und die Nachhaltigkeit gestärkt
3337 werden. Wir werden stets darauf achten, dass dabei keine personenbezogenen
3338 Verkehrs- und Bewegungsdaten gespeichert werden. Den direkten Kontakt zur
3339 Verwaltung bei der Meldung von Problemen werden wir durch die stärkere Nutzung
3340 interaktiver Tools und Apps verbessern. Wir werden die kommunale „Dreckweg-App“
3341 so ausbauen, dass diese zu einer wirklichen „Dresden-App“ wird, bei der die
3342 Bürger*innen Störungen und Probleme - von Glasscherben auf dem Radweg bis hin zu
3343 durstigen Bäumen - melden können, einfache Anliegen mit der Verwaltung klären
3344 oder Petitionen mitzeichnen können.